

Verhandlungsschrift

aufgenommen am Donnerstag, 16.11.2023, über die Sitzung (4/2023)
des Gemeinderates Tiefgraben.

Tagungsort: Bauernmuseum Mondseeland, Hilfberg 6, 5310 Tiefgraben

| | | |
|---------------------------|------------|--|
| Dittlbacher | Johann | ÖVP – anwesend |
| Pfeffer DI | Hans-Peter | ÖVP – anwesend |
| Steinbichler | Alexander | ÖVP – anwesend |
| Lackner | Karl | ÖVP – anwesend |
| Pöllmann | Daniel | ÖVP – anwesend |
| Winkler | Christian | ÖVP – entschuldigt fern geblieben |
| Ehrschwendtner | Hubert | ÖVP – anwesend |
| Sperr DI | Gerhard | ÖVP – anwesend |
| Schwaighofer | Judith | ÖVP – anwesend |
| Taubenberger-Schiwietz | Wilma | ÖVP – anwesend |
| Parhammer | Johann | ÖVP – anwesend |
| Wieneroither | August | ÖVP – anwesend |
| Landauer | Manuel | ÖVP – anwesend |
| Haider | Marianne | FPÖ – entschuldigt fern geblieben |
| Stabauer | Wolfgang | FPÖ – anwesend |
| Haider Mag. | Harald | FPÖ – anwesend |
| Maier | Johann | SPÖ + UM – anwesend |
| Putz | Andreas | SPÖ + UM – entschuldigt fern geblieben |
| Machatschek | Andreas | SPÖ + UM – anwesend |
| Widloither Ing. | Michael | SPÖ + UM – anwesend |
| Buchsteiner Ing. | Margarete | Die Grünen – anwesend |
| Maletzky | Eva | Die Grünen – anwesend |
| Mayr-Daringer Mag. | Susanne | Die Grünen – anwesend |
| Löberbauer-Purer Mag. Dr. | Elisabeth | Die Grünen – anwesend |
| Schappelwein Ing. | Maximilian | Neos – entschuldigt fern geblieben |

Als Ersatzmitglieder sind anwesend: DI Johannes Pfeffer (ÖVP), Robert Plomberger (SPÖ + UM), Friedrich Prommegger (FPÖ)

Anwesende Mitglieder des Gemeinderates: 24

Zuhörer: 0

Beginn: 19.00 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) diese Sitzung innerhalb der gesetzlichen Frist ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung zu dieser Sitzung nachweislich erfolgte,
- c) die Abhaltung der Sitzung an der Amtstafel ordnungsgemäß kundgemacht wurde,
- d) die Beschlussfähigkeit gegeben ist,
- e) die Verhandlungsschrift der GR-Sitzung vom 20.9.2023 (Nr. 3/2023) während der Sitzung zur Einsicht aufliegt und Einwendungen bis Sitzungsschluss eingebracht werden können,
- f) zum Schriftführer VB Hubert Daxner bestellt wird,
- g) die Verhandlungsschrift der heutigen Sitzung von folgenden Parteienvertretern unterfertigt wird:

ÖVP: Christian Winkler
SPÖ + UM: Johann Maier
Die GRÜNEN: Eva Maletzky
FPÖ: Wolfgang Stabauer
NEOS: Ing. Maximilian Schappelwein

Tagesordnung**1) Nachtragsvoranschlag 2023 und MEFP 2023-2027 samt Prioritätenreihung; Beschlussfassung**

Der Nachtragsvoranschlag 2023 weist folgende Abweichungen zum Voranschlag 2023 auf (**alle Werte in Euro**):

| Finanzierungsrechnung | Einzahlungen | Auszahlungen |
|--------------------------------------|------------------|--------------------|
| Operative Gebarung | + 400.200 | + 461.400 |
| Investive Gebarung | - 100.400 | + 920.600 |
| Finanzierungstätigkeit | 0 | - 12.000 |
| Zwischensumme | + 299.800 | + 1.370.000 |
| abzüglich der investiven Vorhaben | + 98.700 | + 822.900 |
| Ergebnis der lfd. Geschäftstätigkeit | + 201.100 | + 547.100 |
| Saldo | | -- 346.000 |

Wesentliche Änderungen lfd. Geschäftstätigkeit (auszugsweise):**Einnahmen:**

| | | |
|-------------------------------------|---------|---------------------------------------|
| Auflösung Sparbuch Gesunde Gemeinde | 12.400 | |
| KOE Personalaufwand Kiga /KST | 39.600 | |
| GS Abgangsdeckung KST Nido | 14.000 | |
| KOE Schülerhort | 23.000 | |
| Zuschuss Krankenanstaltenbeitrag | 96.000 | Bekanntgabe <u>nach</u> VA-Erstellung |
| Zinsertrag Festveranlagung 1 Jahr | 15.000 | |
| Kommunalsteuer | 130.000 | |
| Pauschalzuschuss Land | 41.000 | |

Ausgaben:

| | |
|-------------------------------------|---|
| Personalaufwand Kiga neu | + 34.600 |
| Zahlungen an private Kindergärten | + 18.000 |
| Fremdreinigung Kiga | + 30.000 |
| Gastbeiträge KST Nido, FBZ | + 54.000 |
| Zahlungen Europäisches Schützenfest | + 14.500 |
| Krankenanstaltenbeitrag | + 137.200 Bekanntgabe <u>nach</u> VA - Erstellung |
| Darlehen RHV | + 23.600 |
| Zinsen RHV | + 45.600 |

Die **Haushaltsrücklagen** verringern sich im Berichtszeitraum um 2.037.000,-- von 5.122.800,-- auf 3.085.600,--.

Der **Schuldenstand** vermindert sich um 107.800,-- von gesamt 704.400,-- auf 596.600,--.

Der **Haftungsstand** verringert sich im laufenden Haushaltsjahr um 305.500,-- von 4.115.000,-- auf 3.809.500,--.

Änderung des Dienstpostenplanes:

Die OÖ. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung 2023 regelt u.a. die Festsetzung von Dienstpostenplänen in Verwaltungsgemeinschaften: Es wird rechtlich festgelegt, dass für die Festsetzung der DP-Pläne die Gesamtzahl der Einwohner (HWS+NWS) der der Verwaltungsgemeinschaft angehörenden Gemeinden heranzuziehen ist. Es gilt daher jener Rahmen, der auch für eine einzelne Gemeinde mit gleicher Einwohnerzahl Anwendung fände.

Konkret heißt das: Die Basis für die Festsetzung der Dienstpostenpläne ist die Gesamtanzahl der Einwohner der drei Gemeinden (lt. der letzten GR-Wahl = HWS + NWS):

| | |
|--------------------|-----------------|
| Innerschwand: | 1.633 EW |
| Sankt Lorenz: | 3.063 EW |
| <u>Tiefgraben:</u> | <u>4.662 EW</u> |
| Gesamt: | 9.358 EW |

Dies bedeutet, es können jene Dienstposten vergeben werden, die lt. § 25 der OÖ. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung 2023 für Gemeinden zwischen 7.001 und 10.000 Einwohnern festgesetzt wurden.

Das sind: 1 GD 7 sowie 3 GD 12 oder GD 11.

Die weiteren Dienstposten können von GD 13 abwärts unter besonderer Bedachtnahme auf die Grundsätze des § 1 Abs. 2 der OÖ. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung 2023 sowie der OÖ. Gemeinde-Einreichungsverordnung „nach den tatsächlichen Erfordernissen“ festgesetzt werden.

Folgende Änderungen werden mit dem NVA 2023 vorgenommen:

- a) Die seit 31.05.2023 in Kraft befindliche Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung 2023 sieht für Verwaltungsgemeinschaften eigene Regelungen vor.

Entsprechend § 25 leg.cit. sieht diese für VWG mit einer Gesamteinwohnerzahl von 7.001 bis 10.000 Einwohner für die Amtsleitung einen (nicht genehmigungspflichtigen) Dienstposten der Funktionslaufbahn GD 7 vor, welcher mit diesem NVA geschaffen wird.

- b) Matthias Ramsauer war bis Ende April 2023 als Leiter des Bauamtes in GD 14.1 eingestuft. Mit seinem freiwilligen Verzicht auf diese Funktion ist auch eine neue, seinem aktuellen Aufgabenbereich entsprechende, Einreihung vorzunehmen. Aus diesem Grund ist ein (nicht genehmigungspflichtiger) Dienstposten GD 16.3 zu schaffen.
- c) Zudem werden im Kindergarten aufgrund des Ausbaus der Kinderbetreuung zwei (nicht genehmigungspflichtige) Dienstposten GD 22.3 (Päd. Assistentinnen) geschaffen.

Sinn eines Nachtragsvoranschlags sei u.a., so Amtsleiter Mag. Günter Schardl zu Beginn seiner Ausführungen, einen Überblick zu bekommen, wie sich das Finanzjahr im Vergleich zum Voranschlag entwickelt habe und welche Veränderungen zu Tage getreten seien. Beim Blick auf das Zahlenwerk ist zu erkennen, dass sich der negative Saldo aus der laufenden Geschäftstätigkeit um € 346.000 erhöht hat und Tiefgraben nicht mehr in der Lage ist, den Ordentlichen Haushalt auszugleichen. Die Ursachen dafür: Weniger Ertragsanteile (- 100.000), höhere Beiträge für die Krankenanstalten und den Sozialhilfeverband), steigende Zinsbelastung (+ 45.000) sowie steigende Personalkosten durch den Ausbau der Kinderbetreuung. Etwas Linderung bringt lediglich die Kommunalsteuer, die um 130.000 mehr in die Gemeindegasse gespült hat als ursprünglich veranschlagt.

GR Mag. Susanne Mayr-Daringer fragt, ob diese Entwicklung auf steigende Zinsen und Inflation zurückzuführen sei. Nur zum Teil, antwortet Amtsleiter Mag. Günter Schardl, verantwortlich dafür seien auch Faktoren wie u.a. die gesamte österreichische Wirtschaftsleistung, welche sich mit zwei Monaten Verzögerung in den Ertragsanteilen zeige. GV Karl Lackner erinnert daran, dass SHV-Umlage und Krankenanstaltenbeitrag seit jeher Thema gewesen seien, wenn es um die Gemeindefinanzen gegangen sei; das sei korrekt, erwidert Amtsleiter Mag. Günter Schardl, allerdings gehe die Schere zwischen Einnahmen aus den Ertragsanteilen und den Ausgaben für diese beiden Positionen immer weiter auseinander. GR Andreas Machatschek fragt, ob der jährliche Zuschlag zu Krankenanstaltenbeitrag und SHV-Umlage vorgegeben sei oder die Gemeinde die Möglichkeit habe, von vornherein etwas höhere Summen zu veranschlagen; grundsätzlich sollte im Voranschlagsbeschluss des Landes die Steigerung vorgegeben sein, die Höhe der Beiträge stehe aber leider zum Zeitpunkt der Voranschlagsaufstellung nicht fest, so Amtsleiter Mag. Günter Schardl. Ob sich der Krankenanstaltenbeitrag nach dem Bevölkerungsschlüssel errechne, möchte GR Johann Parhammer wissen. Nein, Grundlage dafür sei ein komplexer Schlüssel, der mehrere Aspekte beinhalte, stellt der Amtsleiter fest.

GR Andreas Machatschek fragt, welche Konsequenzen es habe, wenn Tiefgraben zur Härteausgleichsgemeinde werde. Für Härteausgleichsgemeinden gebe es ein relativ enges Regulativ in der Gemeindefinanzierung NEU; er habe sich aber bislang mit dieser Thematik nicht beschäftigen müssen, so Mag. Schardl. GR Mag. Harald Haider schlägt vor, bei den Förderungen zurückzuschrauben; das sei denkbar, so Amtsleiter Mag. Günter Schardl, allerdings werde es allein damit nicht möglich sein, die finanzielle Lage der Gemeinde signifikant zu verbessern. GR Hubert Ehrschwendtner meint, angesichts dieser Entwicklung könne einem angst und bange werden; er plädiert – wie GR August Wieneroither – dafür, auch mit dem Reinhaltungsverband hinsichtlich der aus den aushaftenden Darlehen resultierenden Zinsbelastung das

Gespräch zu suchen, um Kosten zu senken. Dies sei bereits erfolgt, informiert Amtsleiter Mag. Günter Scharndl.

Zu den für 2023 geplanten Projekten sei festzuhalten, dass der Großteil der in der Prioritätenreihung angeführten Vorhaben umgesetzt wurde. Ausnahmen bilden die Wasserversorgung Schlössl, der Schwandweg und der Radweg entlang der B 154. Großer Preistreiber waren bzw. sind Krabbelstube und Kindergarten, für deren Bau bzw. Sanierung eine Million mehr an Rücklagen aufgebraucht wurde. „Wir haben insgesamt 57 % der allgemeinen Rücklage aufgebraucht, der Rücklagenstand ist von 3,8 auf 1,6 Millionen gesunken. Ein zweites solches Jahr können wir uns nicht leisten, wir müssen auf die Kostenbremse steigen“, mahnt Amtsleiter Mag. Günter Scharndl.

GR Ing. Michael Widloither ruft in Erinnerung, dass seitens seiner Fraktion bereits 2022 auf zu erwartende Kostensteigerungen hingewiesen wurde. Man habe die Investitionssumme auf 3,3 Millionen angehoben, jetzt liege man trotzdem schon bei 4,7 Millionen und 47 % über dem ursprünglichen Ziel. Angesichts der Kostenexplosion müsse man folgende Fragen stellen: „Was hat der Gemeindevorstand getan, um die Kosten zu dämpfen? Oder ist in dieser Hinsicht eh nix geschehen? Hat bei den ganzen Auftragsvergaben nie das rote Lamperl aufgeleuchtet?“ Bgm. Johann Dittlbacher weist darauf hin, dass Aufträge hinzugekommen sind, die nicht vorhersehbar waren, z. B. auf Installationsebene. Nichtsdestotrotz habe man ein Gutachten in Auftrag gegeben, um den Ursachen für die Kostensteigerungen auf den Grund zu gehen. Dieses Gutachten sei auch notwendig, um beim Land OÖ die Kostensteigerung erklären und ausstehende Fördermittel abrufen zu können; heuer seien nämlich noch keine Mittel geflossen. GR Andreas Machatschek richtet sich direkt an den anwesenden Planer und fragt, wieso dieser die Kostensteigerung nicht aufklären könne? Er sei für Controlling und Auftragsvergabe und Rechnungsprüfung verantwortlich, betont Machatschek in Richtung Ersatz-GR DI Johannes Pfeffer.

Amtsleiter Mag. Günter Scharndl stellt dazu ergänzend fest, man habe beim Thema Kostensteigerung das Amt der Landesregierung stets auf dem Laufenden gehalten, auch zu dem Zeitpunkt, als die Kostensteigerung die 20%-Marke überschritten habe. Tatsache sei, dass 2023 bis zum heutigen Zeitpunkt noch keine Fördermittel geflossen sind. GR Andreas Machatschek wiederholt seine Aufforderung, eine Erklärung zu liefern.

Man solle nicht so tun als sei Ersatz -GR DI Johannes Pfeffer nicht anwesend, die Mandatäre mögen ihn als verantwortlichen Planer und Architekten konkret ansprechen und nicht ihn, so Mag. Scharndl.

Eine Erklärung des Planers gebe es, aber keine ausreichende. Dass bislang keine Förderungen geflossen seien, heiße nicht, dass es überhaupt keine Förderungen mehr geben werde. „Aber die politischen Entscheidungsträger müssen das beim Land erklären können“, sagt Amtsleiter Mag. Günter Scharndl.

GR Andreas Machatschek verweist darauf, dass es sich um öffentliche Gelder handelt und die Bevölkerung ein Recht habe zu erfahren, wohin die Gelder geflossen seien. Schönfärberei sei fehl am Platz, und die Kosten für das besagte Gutachten würden nur einen Bruchteil davon ausmachen, was an Förderungen verloren gehen könne. GR Mag. Harald Haider fragt, welche Konsequenzen aus dieser Entwicklung gezogen würden, offenbar stimme hier etwas nicht. Amtsleiter Mag. Günter Scharndl entgegnet, das könne man zum jetzigen Zeitpunkt nicht behaupten, es sei das Ergebnis des Gutachtens abzuwarten. Es gehe darum, eine plausible Erklärung für die Kostensteigerungen zu bekommen. Man müsse abwarten, was das Gutachten zu Tage fördere und anschließend die weitere Vorgangsweise festlegen.

Vizebürgermeister DI Hans-Peter Pfeffer sagt, für die neue Krabbelstube und den sanierten Kindergarten gebe es viel Lob, die Stimmung sei gut. Man habe sich Dinge geleistet, hinter denen Gemeinderat und Gemeindevorstand stehen müssten, diese Verantwortung habe man übernommen. Und Tiefgraben sei nicht die einzige Gemeinde, die aktuell mit Kostensteigerungen bei größeren Projekten zu kämpfen habe.

Jedenfalls will er sich die neue Kinderbetreuungseinrichtung nicht madig machen lassen, das tue weder dem Vorhaben noch der Gemeinde gut.

„Wie können die Kosten auf beinahe das Doppelte explodieren“, hakt GV Johann Maier nach. Er sei „erschüttert“ darüber, wie viel an Rücklagen aufgelöst werden musste, um Krabbelstube und Kindergarten zu finanzieren. Er orte eine „Koste, was es wolle“-Mentalität. Bei den Auftragsvergaben im Vorstand – die, wie er betont, nicht immer einstimmig waren – wisse er oft nicht, ob er einem Auftragnehmer oder einem Gemeindevorstand gegenüberstehe; er sehe sehr viele Interessenskonflikte in diesem Organ. „Wir müssen ans Gemeinwohl denken, es gibt auch andere Sachen, für die wir Geld brauchen. Bei Kleinigkeiten wie Kopierpapier in der Schule wird geschaut, wenn es um Hunderttausende geht, schaut keiner nach“, ärgert sich GV Johann Maier. Seine Fraktion habe schon vor zwei Jahren die Einrichtung eines Controlling-Gremiums gefordert, ÖVP und FPÖ hätten dies jedoch abgelehnt. GV Karl Lackner sagt, er fühle sich direkt angesprochen als einer von jenen, die sich „Geld in den Sack“ schieben; dieser Vorwurf sei aus der Luft gegriffen, jeder Auftrag sei öffentlich ausgeschrieben gewesen und nach dem Best- bzw. Billigstbieterprinzip vergeben worden. Dass Nachträge beauftragt wurden, liege in der Natur der Sache. Er denke immer drüber nach, wie etwas gemacht werden könne. Und wenn es bessere Lösungen gebe, dann werde er sich dafür aussprechen, so Lackner. Jeder, der schon einmal ein Haus gebaut habe, wisse, dass nicht alles kalkulierbar sei. GR Wilma Taubenberger-Schiwietz verwehrt sich gegen Schuldzuweisungen, man könne nicht alles voraussehen. GR Ing. Michael Widloither kann diesem Argument nichts abgewinnen: „Jeder Häuslbauer, der bei den Kosten 46% drüberschießt, geht hops. Auch du als Unternehmerin würdest das nicht hinnehmen.“ Bedenklich sei, dass jeder Auftragnehmer umgehend Nachforderungen gestellt habe und die Mehrkosten nicht erst jetzt aufgetreten seien. Der Gemeinderat sei nie über die Entwicklung informiert worden, es fehle an Transparenz, kritisiert GR Ing. Widloither. GR Hubert Ehrschwendtner zeigt sich verwundert über die Debatte, schließlich gebe es noch gar kein Ergebnis der gutachterlichen Prüfung.

Für diskussionswürdig hält auch GR Wolfgang Stabauer die Kostensteigerung, er erinnert gleichzeitig aber daran, dass für das Vorhaben ein Gremium mit Vertretern aller Fraktionen eingerichtet wurde, das die Angebotsöffnungen begleitet habe; alle hätten die Möglichkeit gehabt, daran teilzunehmen, oft sei man aber nur zu zweit dabei gewesen, so Stabauer. Diese Beobachtung teilt auch Vizebgm. DI Hans-Peter Pfeffer, außerdem habe der Bürgermeister den Gemeinderat stets über die Kostenentwicklung informiert. Bgm. Johann Dittlbacher meint, auch ihm gebe die Kostenentwicklung zu denken. „Ich verlasse mich auf das Gutachten, um in der Sache weiterzukommen, auch gegenüber dem Land“, so Dittlbacher.

Bgm. Johann Dittlbacher stellt den **Antrag**, der Gemeinderat möge den Nachtragsvoranschlag 2023 inkl. MEFP 2023-2027 genehmigen.

Beschluss: 20 Jastimmen (Bgm. Dittlbacher, Vizebgm. DI Hans Peter Pfeffer, GV Steinbichler, GV Lackner, GR Parhammer, GR Pöllmann, GR Ehrschwendtner, GR DI Sperr, GR Taubenberger-Schiwietz, GR Landauer, GR Schwaighofer, GR Wieneroither, Ersatz-GR DI Johannes Pfeffer, GR Stabauer, GR Mag. Haider, Ersatz-GR Prommegger, GV Ing. Buchsteiner, GR Maletzky, GR Mag. Dr. Löberbauer-Purer, GR Mag. Mayr-Daringer); **4 Gegenstimmen** (GV Maier, GR Machatschek, GR Ing. Widloither, Ersatz-GR Plomberger).

2) Verwendung Sonder-Bedarfszuweisungsmittel 2023; Beschlussfassung

Am 02.10.2023 hat die Oberösterreichische Landesregierung einstimmig die „Richtlinie „Sonder-Bedarfszuweisungsmittel 2023“, mit welcher u.a. ein **Sonderzuschuss aus Bedarfszuweisungsmitteln zwecks Erhöhung der Eigenmittel der Gemeinden** im Wege einer Direktzahlung zur Verfügung

gestellt wird, beschlossen. Die Höhe der gewährten Mittel beträgt für die Gemeinde Tiefgraben € 60.500. Die Überweisung erfolgt noch im laufenden Haushaltsjahr.

Die Verwendung der Mittel zur Bedeckung von Abgängen der laufenden Geschäftstätigkeit obliegt der eigenständigen Entscheidung des jeweiligen Gemeinderates und sind diese nach Beschlussfassung der operativen Gebarung zuzuführen.

GV Johann Maier fragt, wie sich dieser Zuschuss errechne und ob es Vorgaben für dessen Verwendung gebe. Amtsleiter Mag. Günter Schardl erklärt, die generell angespannte finanzielle Lage der Gemeinden habe die Landesregierung zu diesem Schritt veranlasst. Das Geld sei dafür vorgesehen, Abgänge im laufenden Betrieb abzufedern, dies sei dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

Bgm. Johann Dittlbacher stellt den Antrag, der Gemeinderat möge die Verwendung der Sonderbedarfszuweisung in obigem Sinne beschließen.

Beschluss: einstimmig

3) Bericht des Bürgermeisters

- **Kindergarten/Krabbelstube:** Am 8. November hat die feierliche Eröffnung der Kinderbetreuungseinrichtung stattgefunden, die meisten Gewerke sind bereits abgenommen. Für den Neubau der Krabbelstube und die Sanierung des Kindergartens wurden bislang Rechnungen in Höhe von 4,23 Millionen Euro netto beglichen.
- **KVZ:** Mit der Geschäftsführung der Sala Schloss Mondsee habe ein Gespräch stattgefunden; darin sei seitens der Geschäftsführung angekündigt worden, dass es 2024 zu Veränderungen kommen könne.
- **Verkehrskonzept B 154:** Das Land habe mitgeteilt, dass derzeit keine Mittel für eine Umsetzung vorhanden seien. Um in der Sache dennoch weiterzukommen, werde das Gespräch mit dem zuständigen Landesrat (Mag. Steinkellner) gesucht.
- **Sanierung Kirchendach:** 4,2 Millionen sind für das neue Dach der Basilika in Mondsee veranschlagt, für die Hälfte davon sollen die vier Mondseelandgemeinden aufkommen. Tiefgraben würde das mit 600.000 bis 700.000 Euro treffen. „In Wahrheit ist die Gemeinde Tiefgraben nicht für die Sanierung des Kirchendaches verantwortlich“, kann sich Bgm. Dittlbacher zwar eine Unterstützung vorstellen, aber nicht in dieser Höhe. GR Ing. Michael Widroither wirft die Frage auf, ob nicht andere (kostengünstigere) Arten der Eindeckung diskutiert worden seien; Schiefer sei seines Wissens Vorgabe des Denkmalamtes gewesen, antwortet Amtsleiter Mag. Günter Schardl.
GV Ing. Margarete Buchsteiner fragt, ob Tiefgraben nicht auch bei der Landesmusikschule mitfinanzieren müsse; das sei gewünscht, so Bgm. Dittlbacher. Amtsleiter Mag. Günter Schardl ergänzt, dass eine finanzielle Beteiligung nach dem KVZ-Schlüssel samt Anwendung des Fördersatzes der Gemeindefinanzierung NEU günstig sei, absolute Zahlen könne man derzeit aber noch nicht nennen. GR Andreas Machatschek erkundigt sich, wie es die anderen Gemeinden mit Unterstützung für diverse Vorhaben halten, zumal viele Kommunen finanziell am Limit seien. Amtsleiter Mag. Günter Schardl stellt fest, je kleiner die Gemeinde, desto größer die finanziellen Schwierigkeiten, der Spielraum sei gering.
- **Reinhalungsverband (RHV) Mondsee-Irrsee:** Derzeit wird an einer Reform der verschiedenen Kostenaufteilungsschlüssel gearbeitet. Das bisherige Modell hätte die größeren Gemeinden bevorzugt, das werde sich vermutlich ändern. Für Tiefgraben bedeute das in Zukunft wohl Mehrkosten.

- **Landesmusikschule:** Mit Verweis auf den vom Mondseer Bürgermeister an alle Gemeinderäte versandten Brief stellt Bürgermeister Johann Dittlbacher fest, dass für Tiefgraben keine Verpflichtung zur finanziellen Beteiligung bestehe; es sei auch nicht so, wie in diesem Brief dargestellt, dass eine allfällige Beteiligung nach der Anzahl der Schülerinnen und Schüler erfolge.

4) Berichte der Ausschüsse

Prüfungsausschuss – Obmann GR Mag. Harald Haider informiert, dass in der jüngsten Sitzung eine Gebarungsprüfung durchgeführt wurde. Zudem wurde der Vorschlag gemacht, die Handyverträge zu prüfen und ev. eine Sammelangebot einzuholen.

Ferner wurde die Vereinbarung mit der Sozialen Initiative über die gemeinwesenorientierte Jugendarbeit im Mondseeland unter die Lupe genommen; aus Sicht des Ausschusses stehen die Kosten nicht in Relation zum Ergebnis der Arbeit. GV Johann Maier sagt, Vertragspartner seien die Soziale Initiative und die RegMo, die Gemeinden hätten lediglich ihre finanzielle Beteiligung beschlossen. Dieses Projekt falle nicht in den Aufgabenbereich des Prüfungsausschusses.

Bau-, Planungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss – keine Sitzung

Straßen- und Mobilitätsausschuss – keine Sitzung

Bildungsausschuss (Kindergarten, Schule, Sport und Kultur) – keine Sitzung

Sozialausschuss (Jugend, Familien, Senioren, Integration und Gesundheit) – Obmann-Stv. Wolfgang Stabauer berichtet, dass der Frei.raum der Sozialen Initiative im ehemaligen Firmengebäude der Ebner Bau besichtigt wurde. Außerdem habe sich der Ausschuss mit der Frage beschäftigt, ob Gemeindeförderungen an Einkommensgrenzen gekoppelt werden sollen.

Mag. Dr. Elisabeth-Löberbauer-Purer stellt das Sozialprojekt „Allfred“ (**Alltag.Freizeit.Dienstleistung**) vor, das pflegende Angehörige entlasten soll. Die Mondseelandgemeinden haben ihre Unterstützung in Aussicht gestellt, dank Abwicklung über die Regmo als Leaderprojekt bleiben die Ausgaben überschaubar. Durchstarten soll das Projekt im Frühjahr 2024. Die Vorfinanzierung in Höhe von € 65.000,- (bei vorauss. 80 % Förderung) wird zu gleichen Teilen von den Gemeinden Tiefgraben, St. Lorenz und Mondsee übernommen.

Umwelt-, Energie-, Wasser- und Kanalausschuss – Obfrau Mag. Susanne Mayr-Daringer zieht ein Resümee der Wanderausstellung „Boden g´scheit nutzen“ und dankt allen Unterstützerinnen und Unterstützern. Hervorzuheben sei, dass die Klima-Schulen des Mondseelandes in die Sache stark eingebunden waren.

5) Allfälliges

- **Ausschusssitzungen:** GV Johann Maier appelliert, geplante Sitzungen auch dann durchzuführen, wenn es keine dringenden Angelegenheiten gebe.
- Bgm. Johann Dittlbacher informiert über seinen aktuellen **Gesundheitszustand**; die Operation sei gut verlaufen, aktuell seien keine Krebszellen mehr nachweisbar.

| |
|--|
| 6) Genehmigung der Verhandlungsschrift vom 20.09.2023 |
|--|

Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift vom 20.09.2023 (3/2023) von GV Ing. Margarete Buchsteiner zu den Tagesordnungspunkten 2 und 6 folgende Einwendungen eingebracht werden:

Top 2, 3. Absatz:

Die Darstellung „GV Karl Lackner erinnert daran, das sich betroffene Eltern – unabhängig von der Einkommensgrenze – jederzeit an den Gemeindevorstand wegen Unterstützung wenden können. GV Johann Maier sieht in der 2000-€-Grenze den kleinsten“

ist zu ersetzen durch: „GV Karl Lackner erinnert daran, das sich betroffene Eltern – unabhängig von der Einkommensgrenze – jederzeit an den Gemeindevorstand wegen Unterstützung wenden können. GR Mag. Dr. Elisabeth Löberbauer-Purer fordert einen einfachen und transparenten Prozess, um die Hürde für die Bedürftigen kleiner zu machen. GV Johann Maier sieht in der 2000-€-Grenze den kleinsten“

Top 6, Entscheidung über die Verfahrenseinleitung - Teiländerung Flächenwidmungsplan: Flächenwidmungsplanänderung 3.230 - Gstk. 959/18 u. 959/2, KG Tiefgraben, Widmung von „landw. Grünland“ in „Bauland Sternchenbau +59“:

Die Darstellung „Ersatz-GR Mag. Johann Kogler ist mit der zur Diskussion stehenden Beschlussfassung nicht glücklich, weil es mit dem Grundeigentümer nur einen Vorvertrag ohne Details und ohne Planung gebe.“

ist zu ersetzen durch: „Ersatz-GR Mag. Johann Kogler ist mit der zur Diskussion stehenden Beschlussfassung nicht glücklich, weil es mit dem Grundeigentümer nur einen Vorvertrag ohne Details – insbesondere fixierten Preis - und ohne Planung gebe.“

Bgm. Johann Dittlbacher stellt den Antrag, den Einwendungen stattzugeben.

Beschuss: einstimmig

Ende: 21.23 Uhr

Der Bürgermeister:

Der Schriftführer:

(Johann Dittlbacher)

(VB Hubert Daxner)

Die noch nicht genehmigte Verhandlungsschrift wurde an die Fraktionsobleute am _____ abgeschickt. Die gegenständliche Verhandlungsschrift wurde in der Sitzung am _____ ohne Einwendungen genehmigt.

Protokollfertiger:

ÖVP:

SPÖ+UM:

Die GRÜNEN:

FPÖ:

NEOS: